

28.11.17

Gesetzesantrag
des Freistaates Bayern

**Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes
bei Verkaufsveranstaltungen im Reisegewerbe**

Der Bayerische Ministerpräsident

München, 28. November 2017

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Regierenden Bürgermeister
Michael Müller

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Bayerische Staatsregierung hat beschlossen, im Bundesrat die erneute Einbringung des folgenden Gesetzentwurfs, der dem Grundsatz der Diskontinuität unterfällt, beim Bundestag gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG zu beantragen:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes bei
Verkaufsveranstaltungen im Reisegewerbe (BR-Drs. 300/15(B))

Ich bitte, den Gesetzentwurf unter Wahrung der Rechte aus § 23 Absatz 3 in Verbindung mit § 15 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates gemäß § 36 Absatz 2 GO BR auf die Tagesordnung der 963. Sitzung am 15. Dezember 2017 zu setzen. Es wird sofortige Sachentscheidung beantragt.

Mit freundlichen Grüßen
Horst Seehofer